

SÜDKURIER

31.01.2015 / [Kai Oldenburg](#)

Schweizer Atommüll soll direkt an die Grenze

Die Schweizer Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) präsentiert in Bern eine erste Vorentscheidung, wo in etwa 40 Jahren der Schweizer Atommüll endgelagert werden soll: In unmittelbarer Grenznähe zu Deutschland.



Die Suche nach einem Endlager für Schweizer Atommüll geht weiter. Aktuell im Rennen sind die Standorte Jura Ost und Zürich Nordost. Hier ein Blick in das deutsche Atommüllendlager Morsleben. Bild: Jens Schlueter

Die Entscheidung ist gefallen und sie stößt bei Politikern und Menschen auf der deutschen Seite des Hochrheins sauer auf. Der Schweizer Atommüll soll in unmittelbarer Grenznähe endgelagert werden. Die Nagra hat gestern die Standorte Jura Ost (ehemals Benken, gegenüber Laufenburg) und Zürich Nordost (früher bekannt als Benken, gegenüber Jestetten) als mögliche Standorte für sowohl schwach- und mittelradioaktive sowie hochradioaktive Abfälle vorgeschlagen. Alle vier weiteren bislang untersuchten Standorte sind vorerst ausgeschieden. Die endgültige

Entscheidung liegt nun bei der Schweizer Regierung beziehungsweise letztlich bei der Schweizer Bevölkerung, wenn eine Volksentscheidung darüber befinden wird, wo der Atommüll unterirdisch gelagert werden soll. Lange war spekuliert worden, welche Standorte die Nationale Gesellschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) gestern in Bern vorstellen werde. Dass am Ende nur zwei Optionen für ein kombiniertes Endlager sowohl für schwach- und mittelradioaktiven sowie hochradioaktiven Atommüll übrig bleiben, überrascht dennoch. Entsprechend fielen dann auch die Reaktionen von Politikern auf der deutschen Seite des Hochrheins aus.

Wenngleich sich das Blatt im Rahmen der weiteren Untersuchungen noch einmal wenden kann, so ist der Vorschlag der Nagra vom Freitag doch wohl mehr als nur eine theoretische Vorentscheidung, wo in einigen Jahren der gesamte Schweizer Atommüll unterirdisch endgelagert werden soll. Denn zu lange dauern die Untersuchungen an. Die Entscheidung, welche Standorte tatsächlich weiter untersucht werden sollen, liegt jetzt allerdings beim Bundesrat in Bern. Ein Grundsatzurteil wird für das Jahr 2017 erwartet.

Der Zeithorizont, bis die ersten ausgedienten atomaren Brennstäbe für die Lagerung in mehreren hundert Meter Tiefe vorbereitet werden, ist groß. Wohl erst in rund 40 Jahren so die gestrige Aussage von Walter Steinmann, Direktor des schweizerischen Bundesamtes für Energie, werde dies der Fall sein.

Atommüll-Endlager: So sehen deutsche Politiker und Abgeordnete die

Nagra-Entscheidung

Mit Kritik und großer Skepsis bewerten deutsche Politiker, wie der Waldshuter Landrat Martin Kistler, den Vorschlag der Nagra, Jura Ost und Zürich Nordost für ein Atommüll-Endlager zu untersuchen.

Die Reaktionen von deutschen Politikern haben am Freitag nicht lange auf sich warten lassen. Unmittelbar nach Ende der Pressekonferenz in Bern gab es die ersten Stellungnahmen zu der Entscheidung der Nagra, nur noch die Standorte Jura Ost und Zürich Nordost für ein mögliches Atommüll-Endlager zu untersuchen.

Das sagt die Region zum Endlager

- **Martin Kistler, Waldshuter Landrat:** „Ich bin überrascht, dass die Nagra die Endlagersuche auf das gerade noch zulässige Maß eingengt und nicht weitere Standortgebiete in die anstehenden Untersuchungen einbezogen hat.“ Bei dem Lager für hochradioaktive Abfälle habe sich ein grenznahe Lager abgezeichnet. Nun konzentriere sich aber auch die Suche nach dem Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ebenfalls auf die grenznahen Standorte, so Kistler in seiner Pressemitteilung. Damit sei klar, „dass sämtliche

radioaktiven Abfälle grenznah entsorgt werden sollen“. Er werde nun die Unterlagen „sehr genau prüfen“, warum die grenzfernen Standorte, zumindest vorläufig, ausgeschlossen seien. Kistler: „Ich werde die Endlagersuche weiterhin mit einem wachsamem Auge verfolgen.“ Grundsätzlich gelte, dass die Sicherheit der Menschen oberste Priorität genieße. Erleichtert zeigte sich Martin Kistler, dass der mögliche Standort Nördlich Lägern zurückgestellt worden sei.

- **Rita Schwarzelühr-Sutter, SPD-Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin im Bundesumweltministerium**, begrüßt die Information ihres Ministeriums durch die Schweiz, erklärt aber: „wir erwarten weitergehende Schritte, nämlich, dass die Schweiz nun endlich eine grenzüberschreitende Umweltprüfung einleitet. Schließlich liegen die beiden Standortregionen, die im weiteren Verfahren untersucht werden sollen, in direkter Grenznähe zu Deutschland.“ In ihrer Pressemitteilung erklärt die Lauchringer Abgeordnete weiter: „Wir werden uns weiterhin intensiv am Schweizer Sachplanverfahren beteiligen, um die Interessen der deutschen Bevölkerung geltend zu machen.“ Die Vorschläge der Nagra, so Rita Schwarzelühr-Sutter, würden nun im Auftrag des Bundesumweltministeriums auch von der Expertengruppe Schweizer Tiefenlager fachlich geprüft. Schwarzelühr-Sutter: „Wir wollen wissen, aus welchen fachlichen Gründen die nicht weiter verfolgten Standorte ausgeschlossen sind, insbesondere der einst sicherste Standort für schwach- und mittelradioaktiven Abfall, der Wellenberg.“ Dieser sei früher von der Schweiz als solcher bezeichnet worden.
- **Felix Schreiner, CDU-Landtagsabgeordneter**: Der Lauchringer Abgeordnete fordert eine intensive Prüfung der möglichen Standorte, die auch auf deutschem Gebiet „ausführlich und umfassend durchgeführt werden müsse. Gleichzeitig müsse die Schweiz ihre Entscheidung erklären und mit den Verantwortlichen auf deutscher Seite abstimmen. Schreiner: „Die Bevölkerung hat ein Recht auf umfassende Information.“ Für Schreiner sei es schon überraschend, dass alle Standorte, die weiter untersucht werden, in Grenznähe sind. Schreiner: „Das muss die Schweiz erklären.“ Nicht zufrieden zeigte sich Felix Schreiner mit den Antworten der Landesregierung auf seine Anfrage nach der Beteiligung des Landes im Verfahren zur Suche eines atomaren Tiefenlagers in der Schweiz.
- **Ulrich Krieger, Bürgermeister von Laufenburg**: Enttäuscht, aber keineswegs überrascht – so die erste Reaktion Kriegers. „Die Region hätte sich sicherlich ein anderes Ergebnis gewünscht.“ Allerdings habe es sich während der nun abgeschlossenen zweiten Etappe der Endlagersuche bereits abgezeichnet, dass die Nagra am Bözberg als möglichem Standort festhalten werde. „Das heißt für die deutschen

Grenzgemeinden, dass wir noch genauer hinschauen.“ Zunächst müsse aber die Begründung der Nagra analysiert werden, um Einspruchsmöglichkeiten zu nutzen.

- **Karin Rehbock-Zureich, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag:** „Die SPD-Kreistagsfraktion Waldshut sieht diese Entscheidung kritisch. Von Ergebnisoffenheit kann keine Rede mehr sein. Benken, circa fünf Kilometer von Jestetten entfernt, war schon immer der bevorzugte Standort der Nagra. Die Vergleichbarkeit aller Standorte muss deshalb kritisch gesehen werden, weil die Untersuchungstiefe bei den sechs ursprünglichen Standorten nicht die gleiche ist.“ Die 3D-Seismik mit Tiefenbohrung habe nur im Weinland bei Benken stattgefunden. Problematisch sei auch, dass bei Bözberg der Opalinuston nur 400 Meter unter der Oberfläche liege. „Die SPD-Fraktion erwartet, dass jetzt endlich eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung der zwei verbliebenen Standorte stattfindet.“ Dies sei zwar bisher nicht vorgesehen, aber notwendig.